



REPUBLIK ÖSTERREICH  
BUNDESKANZLERAMT

A-1014 Wien, Ballhausplatz 2  
Tel. (0222) 531 15/0  
Fernschreib-Nr. 1370-900  
DVR: 0000019

GZ 600.654/1-V/6/89

An das  
Präsidium des  
Nationalrates

in Wien

Betrifft	GESETZENTWURF
Zi.	7 GE 9 89
Datum:	16. MRZ. 1989
Verteilt.	17.3.89 hage

Sachbearbeiter

Klappe/Dw

Ihre GZ/vom

*St. Strohmayr*

Betrifft: Novelle zum Heeresgebührengesetz 1985

Das Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst übersendet  
25 Ausfertigungen seiner Stellungnahme zu dem mit Note des  
Bundesministeriums für Landesverteidigung zum 2. Feber 1989,  
GZ 10.042/209-1.14/89, versendeten Entwurf eines  
Bundesgesetzes, mit dem das Heeresgebührengesetz 1985 geändert  
wird.

14. März 1989  
Für den Bundesminister für  
Gesundheit und öffentlicher Dienst:  
HOLZINGER

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:



REPUBLIK ÖSTERREICH  
BUNDESKANZLERAMT

A-1014 Wien, Ballhausplatz 2  
Tel. (0222) 531 15/0  
Fernschreib-Nr. 1370-900  
DVR: 0000019

GZ 600.654/1-V/6/89

An das  
Bundesministerium für  
Landesverteidigung

in Wien

DRINGEND

Sachbearbeiter

Klappe/Dw

Ihre GZ/vom

10.02/209-1.14/89  
vom 2. Feber 1989

Betrifft: Novelle zum Heeresgebührengesetz 1985

Das Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst nimmt zu einem Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Heeresgebührengesetz 1985 geändert wird, wie folgt Stellung:

Zum Art. I Z 8 (§ 15 Abs. 3):

Gemäß dem Novellierungsvorschlag soll im zweiten Satz des § 15 Abs. 3 die Betragsangabe ersetzt werden. Den Erläuterungen ist zu entnehmen, daß es sich dabei um den Ergänzungsbetrag für das "Wasch- und Putzzeug" handelt. Diese Ausdrücke sind ohne Zweifel veraltet und gehören nicht mehr dem heute üblichen Sprachgebrauch an. Es wäre wohl angebracht, anlässlich dieser Novelle zeitgemäßere Ausdrücke in den Gesetzestext aufzunehmen.

Zum Vorblatt:

Das der zur Novellierung zugrundeliegende Problem wird im Vorblatt dahingehend beschrieben, daß ein "Bedürfnis" nach mehr Geld (d.h. "nach einer Anhebung der Monatsprämie", "nach einer Erfolgsprämie" sowie "nach einer Anpassung des

- 2 -

Ergänzungsbetrages") besteht. Als "Zielsetzung" wird sodann behauptet, daß es dadurch zur "sachgerechten Beseitigung der aufgezeigten Probleme" komme. Diese Feststellung im Vorblatt ist offensichtlich unzutreffend, weil ein Bedürfnis nach Anhebung von Prämien auch nach der Novellierung weiterhin bestehen wird.

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahmen werden unter einem dem Präsidium des Nationalrates übermittelt.

14. März 1989  
Für den Bundesminister für  
Gesundheit und öffentlicher Dienst:  
HOLZINGER

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'C. Holzinger', written over the text 'Für die Richtigkeit der Ausfertigung:'.